

Reino-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelder Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Bezugspreis: Abbestellung von der Geschäftsstelle 45 W. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 W. monatlich, einschließlich 25 W. wöchentlich. Durch die Post eingeschrieben 42 W. wöchentlich. 2.20 W. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Reno-Zeitungen 10 W. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (21 Millimeter Breite) 80 W. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Kalkhofstraße 14. Fernsprecher 8054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinslhofer Straße 55 (H. Florath), Borken, Westweg 2 (G. Rötten), Schwaneberg 2 (B. Unland), Sacklenstraße 60 (H. Klotte), Gelsenaustraße 35 (S. Querbach), Rotschamstraße 3 (W. Bönes). Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 23. Fernsprecher Amt Rheide 79.

Nummer 97

Dienstag, den 7. April 1936

Jahrgang 1936

Einschaltung des Völkerbundes?

Von unserm Londoner Korrespondenten
Li London, 5. April.

Es konnte auf den ersten Blick verwundern — und es hat denn auch das Parlament und die Öffentlichkeit überrascht —, daß Eden nach seiner Unterhaus-erklärung am Freitag so bereitwillig auf den Ratsschlag des Oppositionsführers Attlee einging, in den Meinungsaustausch über die Locarno-Krise „alle Völkerbunds- und nicht nur die Locarno-Mächte hereinzubringen“. Attlee hatte seine Anregung aus doctrinären Gründen und aus Gefälligkeit für die sowjetrussische Außenpolitik vorgebracht; vielleicht dachte er zugleich aus dem volkstümlichen Mißtrauen in die Völkerbundstreu der Regierung ein wenig Oppositionskapital zu schlagen. Man hätte von Eden die in solchen Fällen gewohnte, glatt ausweichende Antwort erwarten können. Er wäre denn auch wohl mit seiner Sympathie für den Wunsch des Oppositionsführers sparsamer gewesen, hätte er einen zur gleichen Stunde im „Evening Standard“ erscheinenden Artikel Winston Churchills überfliegen können, der denselben Verfahrensvorschlag machte und ihn mit einem Aufruf zur Isolierung Deutschlands verband, der offensichtlich der französischen Propaganda entstammt war. Der Eindruck irgendwelcher Geistesverwandtschaft mit Churchills Katastrophensucht ist zweifellos der letzte, den Eden in diesem Augenblick erwecken möchte.

Der Außenminister hatte bereits am Tage vor seiner Unterhaus-erklärung dem französischen und dem belgischen Vorschlag bei Ueberreichung der englischen Garantiebriefe gesagt, nach seiner Ansicht sollte der Völkerbund so bald wie möglich eingeschaltet werden. Die förmliche Handhabung hierzu bietet wohl ferner am 24. März im St. James-Palast gefasste Verabredungen des Völkerbundesrates, der eine Wiederberufung unter gleichem Vorsitz und mit der Locarno-Krise als Tagesordnung ermöglicht. Eden war sich im Unterhaus im Zweifel darüber, ob der Gedanke die Zustimmung aller Beteiligten finden werde. Die gegenwärtige Lage, gab er zu, sei schließlich aus dem Locarnovertrag entstanden.

Eden sucht in der Wiederaufnahme der Ratstagung nicht lediglich eine Zuflucht vor dem Drängen Frankreichs auf eine weitere Locarno-Konferenz. Da er die Diplomatie mit der Uhr in der Hand und die demagogischen Konferenzreden fürchtet, wird er sich nicht verhehlen, daß er mit diesem Szenenwechsel leicht vom Regen in die Traufe geraten könnte. So eilig er es mit der Einschaltung des Völkerbundes haben mag, dürfte er an ein solches Unternehmen doch nicht ohne Vorbereitung herangehen wollen. (Die Gespräche hinter den Kulissen des Dreizehnerauschusses, die er jetzt den Franzosen vorgeschlagen hat, sind eine Sache für sich, ein offensichtlicher Zwischen- und Vorgehensschritt.) Was die Abgeordneten anlangt, so waren am Freitag viele unter ihnen auf beiden Seiten des Hauses von der Anregung Attlees und ihrer freundlichen Aufnahme durch den Außenminister offenbar sehr angenehm berührt. Viele Herren, die aus ihren Wahlkreisen mit bitterbösen Briefen über das Hauptthema der Freitagssitzung, nämlich die Generalstabsbesprechungen, gedrängt worden waren, erblickten plötzlich die glänzende Aussicht vor sich, diese Generalstabsbesprechungen „in den Rahmen des Völkerbundes“ spannen zu können. Nach der Sanctionspolitik der letzten sechs Monate ist es in der Tat verzeihlich, wenn sie glauben, die öffentliche Meinung Englands lasse sich vom Völkerbund gern eine Medizin verschreiben, die sie sonst schauernd ablehnt. Auch die Regierung selbst ist schwerlich über die Versuchung erhaben, die in solchen Berechnungen liegt. Das Kabinett Baldwin, das aus einer innerpolitischen Verlegenheit in die andere stolpert, ist nicht in der Lage, die Entscheidung mit der öffentlichen Meinung über die Generalstabsbesprechungen zu vernachlässigen. Einige Minister sind über den Zustand so aufgebracht, daß sie sich zu außenpolitischen Reden von denkbar unglücklichem Ton hinreißen lassen, sehr im Gegensatz zu der achtungsvollen Sprache, in der sich die Mehrzahl ihrer Kollegen heute an Deutschland wendet. (Spuren von all dem wies auch die außenpolitische Unterhausdebatte am Montag auf. Die Schriftleitung.)

Diese Schwächen dürfen aber nicht den Eindruck hinterlassen, als sei die Einschaltung des Bundes für England nichts als ein innerpolitischer Kunstgriff. Der Gedanke schwebt unbestimmt über den Tagesbeschlüssen, ist aber dafür auch grundsätzlich wichtiger zu nehmen als ein taktischer Notbehelf. Auch Frankreich strebt aus dem umgrenzten Bereich westeuropäischer Verhandlungen häufig hinaus, um seine Bündnisse in ein paneuropäisches Schema von gegenseitigen Beistandsverpflichtungen und Militärkonventionen „im Rahmen des Völkerbundes“ hinüberzusetzen. Es ist nicht zu verkennen, daß die

englischen Sorgen um die Einschaltung des Völkerbunds ein Stück weit in die gleiche Richtung weisen. An dem großen Neg der gegenseitigen Beistandsverpflichtungen hat England schon im Februar 1935 im Londoner Programm mitnähnen helfen — oder doch „wohlwollend zugehört“, soweit die französischen Interessen über seine eigene Sicherheitszone hinausreichen. Es ist vielleicht niemals weniger Isolierungs-

bedürftig gewesen als heute. Dies soll nicht andeuten, daß die englische Regierung bereit wäre, Rußlands Asien aus dem Feuer der deutsch-französischen Auseinandersetzung zu holen. Gerade das am allerwenigsten. Aber es gibt näherliegende Objekte, und die Frage, wie weit Englands Interessen reichen, ist im Fluß. Was gewisse, nicht ganz unverantwortliche Extremisten darüber denken,

mag man aus einer Rede Sir Austen Chamberlains vom 1. April ersehen, die für militärische Garantien zugunsten Österreichs („im Rahmen des Völkerbunds“) Stimmung machte. Chamberlains Begründung ging dahin, ein deutsches „Mittel Europa“ könne nicht umhin, über den Balkan auf die Lage im Mittelmeer auszustrahlen, wo der abessinische Krieg die Verwundbarkeit Englands dargelegt habe.

Der Inhalt des französischen Planes.

Ein Rückfall in die alten, abgenutzten und untauglichen Methoden.

Ministerrat in Paris.

(1) Paris, 6. April.

Der Ministerrat, der am Montagmorgen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik im Elysee zusammentreten war, dauerte von 15 Uhr bis 19.15 Uhr. Zum Schluß wurde folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

Außenminister Flandin trug seinen Ministerkollegen:

1. den Entwurf der französischen Denkschrift als Antwort auf den deutschen Plan vom 31. März sowie
2. den aufbauenden Aktionsplan für den Frieden vor, den die französische Regierung dem Völkerbundsrat zu unterbreiten beabsichtigt.

Beide Vorschläge wurden vom Ministerrat gebilligt. Des weiteren legte Außenminister Flandin seinen Ministerkollegen die Bedingungen auseinander, unter denen die bevorstehende Zusammenkunft des 13er Ausschusses und die Tagung der Locarno-Mächte in Genf beginnen werden.

Der „Paris Soir“ glaubt den Inhalt des französischen Planes bereits wie folgt wiedergeben zu können:

1. Eine Zurückweisung der von Deutschland vorgebrachten juristischen Gründe zur Rechtfertigung der Locarno-Verletzung;
2. eine Denkschrift, die für diejenigen bestimmt ist, die die Lage in der Rheinzone „zu prüfen und sich über sie auszupressen haben“;
3. ein konstruktiver Plan, der vorliegt:
a) die Organisation des Friedens auf der Grundlage der Gleichberechtigung für alle.

b) Verhängung des Artikels 16 des Völkerbundsstatutes, um die kollektive Sicherheit schneller und wirkungsvoller durchzuführen zu können. Es wird angeregt, dem Völkerbund eine internationale Streitmacht zur Verfügung zu stellen. Diese Frage sei aber noch nicht in ihren Einzelheiten festgelegt.

c) Gegenseitigen Beistand zugunsten von Staaten, die Opfer eines Angriffes werden könnten, sei es in Westeuropa, sei es in Osteuropa, Sowjetrußland eingeschlossen.

Zu dem „konstruktiven“ Teil dieses Planes bemerkt der Außenminister dieses Blattes, daß Frankreich damit zur Politik des gegenseitigen regionalen Beistandes zurückkehre. „Die in Aussicht genommenen Punkte dürften sich nur auf Europa erstrecken, da die letzten Ereignisse gezeigt hätten, daß der Völkerbund nur seinem Namen nach universell sei. In der letzten Zeit habe er weder in Asien noch in Amerika, noch in Afrika wirkungsvoll eingreifen können. Grundlag des französischen Planes sei, daß die Aufzwingung des Friedens durch eine kollektive Macht nicht über Europa hinausgehen könne. Die Einbeziehung der europäischen Gebietsteile Sowjetrußlands, die im Brandplan einer europäischen Vereinigung nicht vorgesehen sei, rechtfertige dies heute, nachdem Sowjetrußland Völkerbundsmitglied und durch einen Sondervertrag mit Frankreich verbunden sei. Die Denkschrift werde dann im einzelnen Europa in regionale Blöcke unterteilen. Es werde dargelegt, nach welchen Grundrissen sich Staaten zu regionalen Paktten gegenseitigen Beistandes zusammenschließen könnten, um jede Kriegsgefahr in gewissen besonders bedrohten Bezirken auszuschließen.

Auch der „Temps“ versucht in seinem Leitartikel die drei Teile des französischen Planes zu rechtfertigen.

Die Besprechungen zwischen den Locarno-Restmächten.

Außenpolitischer Hochbetrieb in London.

London, 6. April.

Im Hinblick auf die politische Ruhe während der Osterferien, die voraussichtlich erst am Karfreitag beginnt, werden in dieser Woche drei Kabinettsitzungen stattfinden, die sich vornehmlich mit außenpolitischen Fragen befassen. Die erste Sitzung wurde am Montagmittag abgehalten. Sie beschäftigte sich mit der Frage der Haltung Englands auf der Tagung des 13er-Ausschusses. Darüber hinaus wurden die bevorstehenden Besprechungen mit den Locarnomächten im

Auto-Parade vor Ministerpräsident Göring auf der neu eröffneten Strecke Bernau - Joachimsthal.

Am Sonnabend weihte, wie wir gemeldet haben, Ministerpräsident Göring die neue Teilstrecke der Reichsautobahn Berlin-Stettin feierlich ein. 3000 Arbeiter fuhrten hinter dem Ministerpräsidenten zum erstenmal über die von ihnen geschaffene herrliche Bahn. Am Abend fand in der Deutschlandhalle ein prächtiges Fest der Kameradschaft statt, zu dem Hermann Göring alle 3000 Arbeiter und die Berliner Blutordensträger geladen hatte. Dies Bild zeigt die Auto-Parade vor dem Ministerpräsidenten.

(Scherl-Bilderdienst-M.)



"PZ Hindenburg" auf der Rückfahrt.

Der Abschied von Rio.

DNB Rio de Janeiro, 6. April.
Das Luftschiff "Hindenburg", das Montag früh um 6,28 Uhr Ortszeit aus der Luftschiffhalle von Santa Cruz gezogen worden war, führte ein musterhaftes Auftriebsmanöver durch. Zum Abschied fuhr das Schiff über Rio mehrere Schleifen. Dichtgedrängte Menschenmengen auf den Straßen und auf den Dächern der Häuser winkten dem Luftriesen begeistert zu.
Das Luftschiff ist am Montag um 10,44 Uhr MEZ von Rio de Janeiro zum Rückflug gestartet.

Unvergessliche Eindrücke.

Im tropischen Zauber Brasiliens.
DNB Rio de Janeiro, 6. April.

Die Südamerikaner des Zeppelinluftschiffs "Hindenburg" hat zwei Tage der ganze tropische Zauber Rio de Janeiros umfassen, der Stadt, die unbestritten von jedem Mann als die schönste der Welt bezeichnet wird. Stunde um Stunde brachte neue unvergessliche Eindrücke. Da sind die ungleichlichen Buchten, an deren Strand die lang hinstreckenden Wägen aufschwammen. Sie

Nationalsozialismus befähigt. Mit offenkundigem Bedauern erwähnte er, daß durch die Wiederbelebung der Reichslande das nationalsozialistische Regime und sein Ruf neu gewonnen hätten.

Nach Churchill sprach Sir Austen Chamberlain. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Regierung heute Abend ihre außenpolitische Haltung klarer als bisher zum Ausdruck bringen werde. Zum Abschiedsreden erklärte der Redner, er glaube, daß England den Festen gemacht habe, den Völkern zum Wohle zu sein. Im Falle Locarno sei England verpflichtet, seine ganzen Hilfskräfte dem Völkern zur Verfügung zu stellen. Wegen des Charakters der deutschen Politik sei es notwendig, in der Zukunft in besonderer Weise auf die Einhaltung der Rechte zu achten. Man müsse genau wissen, was Deutschland hiermit meine. Chamberlain schloß mit der erneuten Mahnung an die Regierung, eine eindeutige Erklärung über die britischen Kolonien und Mandatsgebiete abzugeben.

Nach Chamberlain erhob sich Außenminister Eden, der sich zunächst mit der Besprechung des Oppositionsführers unterhielt, bevor er das Wort übernahm. Er erklärte, daß die Regierung im allgemeinen die Politik der Zusammenarbeit im Völkern verfolgen werde. Er erklärte, daß die Regierung im allgemeinen die Politik der Zusammenarbeit im Völkern verfolgen werde. Er erklärte, daß die Regierung im allgemeinen die Politik der Zusammenarbeit im Völkern verfolgen werde.

Es sei unmöglich, eine internationale Rechtsordnung durch eine Billigung von Vertragsbrüchen zu erhalten.

Um die Dinge richtig zu sehen, müsse man weiterbilden. Anfang März habe er es klargestellt, daß ein Delausführer nicht erlassen werden sollte, obwohl er gleichzeitig zugegeben habe, daß die Wirksamkeit eines solchen Verbotes nur begrenzt sein könne. Die französische Regierung habe die Ansicht vertreten, daß ein neuer Schlichtungsausschuß unternehmen werden solle, bevor das Verbot erlassen würde. Beide Parteien hätten den Vorschlag angenommen, aber in der Zwischenzeit habe die italienische Regierung ihren Angriff fortgesetzt. Nach Ansicht der britischen Regierung würde es untragbar sein, wenn man in Genf von Verjährung spräche, solange der Krieg andauere.

Entweder müsse es zu einer echten Verständigung kommen, einer Verständigung, die innerhalb einer gegebenen Zeit in eine Einleitung der Friedensverhandlungen ausmünde, oder der 18. April müsse sich noch einmal mit seiner Aufgabe befassen.

Die Haltung der englischen Regierung bleibe genau die gleiche, wie sie es während der ganzen Dauer des Streikfalles gewesen sei. England sei bereit, gemeinsam mit den anderen Mächten wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen zu treffen, falls die anderen sie annehmen und in dem gleichen Geist und Buchstaben wie England selbst durchzuführen würden.

Der Außenminister kam dann auf die durch den deutschen Friedensplan geschaffene Lage zu sprechen. Er erklärte, daß die Prüfung der deutschen Note noch im Gange sei. Vor ein paar Tagen jedoch seien die Regierungen Frankreichs und Belgiens an die britische Regierung mit der Bitte herangetreten, eine Tagung der Locarno-Mächte ohne Deutschland Anfang dieser Woche entweder in Paris oder in Brüssel abzuhalten.

Bei Verwirklichung dieses Planes würde es möglich sein, den Weg vom Feld zum Frieden zu beschleunigen und weiter nach Malma ohne Unterbrechung im Rastwagen zurückzulegen. Man ist bestrebt, auch für Schweden ein Netz von Schnellverkehrsstraßen zu entwickeln.

Naturngemäß haben diese Pläne in Deutschland große Beachtung gefunden. Bei ihrer Durchführung würde eine bedeutende Verbesserung des Verkehrs zwischen Deutschland und den nördlichen Staaten eintreten.

In diesem Zusammenhang erfuhr der Berliner Vertreter von Berlin, der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Loh, um eine Unterbrechung. Auf die Frage, welches Interesse Deutschland an diesem Plan habe, antwortete Dr. Loh: "Ich darf Ihnen sagen, daß wir es in Deutschland außerordentlich begrüßen, wenn der Gedanke, den neuzeitlichen Schnellverkehr neue Wege zu schaffen, auch von den Nachbarländern aufgegriffen wird. Denn Deutschland baut derzeit dem Kraftwagen neue Straßen in Gestalt der Reichsautobahnen, und wir sind überzeugt, daß auch der Kraftwagen der Zukunft seine internationalen Verbindungsstraßen erhalten wird, wie wir für die Eisenbahn auch einsehen sind."

Dr. Loh äußerte sich dann eingehend zu den großzügigen Plänen, die hinsichtlich der Brückenbauwerke (dem schaffensfreudigen Ingenieur einen außerordentlichen Anreiz böten.

einzelnen geprüft. Außenminister Eden reist am Dienstag nach Genf ab.
Nach der Kabinettsitzung am Montagmittag, die knapp eine Stunde dauerte, verlaute in unterrichteten Kreisen, daß noch kein endgültiger Zeitpunkt für den Beginn der Locarno-Konferenz festgelegt worden sei. Die Aufnahme der Verhandlungen am Mittwoch, wie sie in der Presse vorausgesetzt wurde, erscheine jetzt zweifelhaft; wahrscheinlicher sei die Eröffnung der Besprechungen erst nach Ostern.
Der französische Botschafter in London, Corbin, besuchte am Montag den Unterstaatssekretär des Außenministeriums, Sir Robert Vansittart. Wie man in politischen Kreisen hervorhebt, wurde u. a. die geplante informelle Besprechung der Locarno-Mächte in Genf

Italien lehnt Einmischung des Völkerbundes bei Friedensverhandlungen ab.

Mindestforderungen.

DNB Rom, 6. April.

In dem Leitartikel der "Tribuna" vom Montag legt Forges Davanzati die italienischen Mindestforderungen für eine Beilegung des abessinischen Streites dar. Er stellt einen Stimmungsumschwung der englischen Presse fest, der sogar das "Evening Standard" zu der Erkenntnis zwingt, daß der erste Versuch des Völkerbundes, Sanktionen anzuwenden, ergebnislos gewesen sei. Hieraus folge, daß die Sanktionen sich selbst verurteilt hätten und daher fallen gelassen werden müßten. Der Frieden mit Abessinien könne auch nicht annähernd auf den vorliegenden Vorschlägen des Völkerbundes aufgebaut werden. Er müsse der Tatsache der italienischen Siege entsprechen. Auch dürfe er nichts mit Vorschlägen zu tun haben, die eng mit den militärischen Überzeugungen verbunden seien, Italien sei zu einem militärischen Siege unfähig.

Die nächste Wahrheit schließe, so sagt der Artikel weiter, auf das entschiedenste jede Art einer mittelbaren Einmischung des Völkerbundes in die mögliche Streitlösung aus. Damit seien auch die Vorschläge des Völkerbundes

Baldwin stellt die Vertrauensfrage.

Erklärung Edens im Unterhaus.

Neue Kritik an der Außenpolitik der Regierung.

London, 6. April.

Außenminister Eden wurde am Montagmittag im Unterhaus gefragt, ob er sich für eine Internationalisierung der Luftkrisenfrage einsetzen wolle. Eden erwiderte, es sei der Wunsch der englischen Regierung, die Gefahr eines Luftangriffes durch jede praktische Maßnahme zu verhüten.

Unter den gegenwärtigen Umständen habe die Regierung keinen Grund, sich für eine Internationalisierung der Luftkrisenfrage einzusetzen.

Der Abgeordnete Sanders, ein Schieferhändler von Winton, wollte wissen, ob die am 12. Februar von dem Kolonialminister abgegebene Erklärung, wonach die britische Regierung keinerlei Erwägungen über die Ausübung britischer Kanäle in der Bucht von Aden habe, eine andere Macht angehe, heute noch Gültigkeit habe. Ministerpräsident Baldwin antwortete, daß die Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit nicht geändert habe.

Sanders, der sich mit dieser Antwort nicht zufrieden gab, erwiderte, daß die Ministerpräsidenten nicht in Hinblick auf die bestehenden Verhältnisse versichern wolle, daß dies auch die Politik der Regierung in Zukunft sein werde. Baldwin bekräftigte sich auf die Feststellung, daß er seiner Antwort nichts mehr hinzuzufügen habe.

Als ein Abgeordneter die Aufmerksamkeit des Regierungschefs auf die vor einigen Tagen in einer Londoner Abendzeitung wiedergegebenen angeblichen Äußerungen des Unterstaatssekretärs Lord Stanhope lenkte, der bekanntlich gesagt haben soll, daß die Tanganyika an Deutschland abgetreten werden müsse, erklärte Baldwin, es sei für Veröffentlichungen in der Presse nicht verantwortlich.

Unter allgemeinem Gelächter erwähnte er in diesem Zusammenhang die heutige Meldung, der "Daily Mail" über seinen unmittelbar bevorstehenden Rücktritt und folgte mit der Bemerkung, die Feststellung, die er lobend gemacht habe, sei amisch.

Im weiteren Verlauf des Nachmittags benutzte die Regierung die Unterhauspause, um ihre in der vorigen Woche erlassene Wahlrechtsniederlage bei dem Antrag der arbeitsteiligen Opposition auf gleich hohe Bezahlung für Männer und Frauen im Staatsdienst wieder zu machen, wobei sie sich verheißener geistlicher Unterstützung bediente. U. a. war es gelungen, die Vertrauensfrage zu stellen, über die am späten Abend abgestimmt werden sollte.

Ministerpräsident Baldwin bezeichnete in seiner einleitenden Rede die Wahlrechtsniederlage als einen reinen Zufall, aus dem die Regierung keine Folgerungen zu ziehen brauche. In dem vorliegenden Falle vertrete die Regierung nicht die Ansicht, daß sie das Vertrauen des Landes über die Unterhaus verloren habe; denn sonst würde sie nur der Minderheit über die Auflösung des Parlaments überlassen bleiben. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Baldwin gegen die Oppositionsentscheidung auf gleich hohe Bezahlung für Männer und Frauen, hauptsächlich mit der Begründung, daß sich hieraus für den Staatsdienst eine zu hohe Belastung ergeben würde.

Der Führer der arbeitsteiligen Opposition, Attlee, verteidigte den Antrag und insbesondere die Gerechtigkeit des Wahlrechtsvergleiches der Vorkriegszeit. Er erklärte, daß das Parlament (das bei der Wahlkündigung auf den Rücken der Regierungsparteien nur sehr schwach befiel) nur an solchen Abgeordneten Interesse haben dürfe, die auch tatsächlich an den Sitzungen teilnehmen. Die Frage des Wahlrechts laute, ob die Regierung Vertrauen zu sich selbst habe und ob sie die Regierungsmittel lieber untereinander teile. Lord Curzon versagte zurückzuführen, Ramsay MacDonald sei von der Regierung der Regierung zurückgegeben worden, die Außenpolitik sei seit den Enttäuschungen über den Locarno-Plan sehr unklar geworden. Die Tatsache, daß die Regierung schließlich mit Frankreich und nicht mit dem gesamten Völkern verhandelt, habe die Lage ernstlich verschlechtert. Mussolini sei hierdurch imstande gewesen, so zu tun, als ob er sich um einen Streit mit England handele. Das sei, das Italien in Abessinien benutze, komme vielleicht zum Teil von britischen Gesellschaften.

Schulles und des Naval-Boare-Planes unbrauchbar. Die von ihnen vorgeschlagene Völkerbundsstrategie ist als tot zu betrachten.

Der Völkernbund habe auch zu berücksichtigen, daß sich die Stämme ganz Abessinien, angefangen von den Bewohnern Tigres und Somalis bis zu denen von Amhara und Galla, selbst der italienischen Herrschaft anvertrauen. Diese Tatsache liegt dem Recht Italiens eine Pflicht hinzu. Italien steht von jetzt an an Abessinien als Angreifer da, an den Sudan, an Kongo und an Britisch-Somaliland.

Zur Förderung der "Morning Post" Italien freie Hand zu geben, damit es an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens Anteil habe, erklärt die "Tribuna", daß Italien dies durchaus anerkenne, da es seine afrikanischen Unternehmen durchführe, gewinne und dabei gleichzeitig die europäischen Kassen mit Gewinn befülle. Dieser Sieg sei der Beweis für Italiens gegenwärtige Stärke auch in Europa. Es genüge, daß das Völkernbund Europa auf seine Feindseligkeit gegen Italien verurteilt, um Italien da wiederzufinden, wo es sei. Somit, völlig bereit, in der europäischen Politik nicht mit Worten, sondern mit Taten, mit seiner Einheit und seiner Entschlossenheit. Die Forderung am Vorabend von Genf sei daher, den Taten die Rechnung zu tragen, die Italien bestimmt hätte und bestimmen würde.

Die Regierung könne sich der Verantwortung hierfür nicht entziehen. Sie werde wahrscheinlich darauf hinweisen, daß sie schwerere Aufgaben mit Deutschland zu regeln gehabt habe, aber Sitters Vorgehen sei das Ergebnis des Versagens der Genfer Einigung. Der Locarno-Vertrag sei eine viel zu enge Grundlage.

Die Arbeiterpartei wolle, daß England den gesamten Völkernbund zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung aufschlebe, wobei man sich nicht nur auf Westeuropa beschränke, sondern auch die Verhältnisse in Osteuropa und Südeuropa berücksichtigen müsse. Der sichere Schicksal des Friedens sei der Völkernbund und nicht eine Bündnispolitik. Die Regierung, so schloß Attlee, sei im ganzen Lande in Mißtraut geraten. In der heutigen Zeit sei es für England und die Welt gefährlich, wenn eine britische Regierung eine Politik des Treibens verfolge.

Der liberale Oppositionsführer Sir Archibald Sinclair erklärte, daß in Abessinien nicht die Sanktionspolitik, sondern die britische Regierung einen Fehlschlag erlitten habe. Er befürchte, daß der fatale Fehler des Locarno-Planes nicht wiedergutmacht werden könne.

Der konservative Winston Churchill richtete scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen ihrer Abessinienpolitik. Es gebe maßgebende Persönlichkeiten, die bezweifelten, ob die Abessinier ihren Widerstand noch bis zur Regenzeit verlängern könnten.

Der Angreifer werde dann triumphieren und mit Vorteilen belohnt werden, die weit über die Hoare-Laval-Vorschläge hinausgingen. Es werde sich dann herausstellen, daß die 50 Nationen des Völkernbundes den Abessinier auch nicht den geringsten Nutzen gebracht hätten.

Auf der anderen Seite habe sich England die Feindschaft Italiens im Mittelmeer zugezogen. In Zukunft werde England erhebliche größere Ausgaben für eine militärischen Stützpunkt im Mittelmeer haben als bisher. Nur durch eine Verklärung seiner Hilfsquellen werde es England jetzt noch möglich sein, die Unabhängigkeit Ägyptens aufrechtzuerhalten und den Weg nach Indien offen zu halten. Nebenbei müsse erwähnt werden, daß die britische Politik in England Ausgaben in Höhe von 10 Millionen Pfund verursache. Abgesehen von dem materiellen Verlust laufe England überdes Gefahr, den Ruf der Minderheit ausgesetzt zu sein. Churchills Angriffe steigerten sich noch, als er sich im besonderen mit Deutschland und dem

Der Große Belt und der Öresund sollen überbrückt werden.

Zwei gigantische Brücken mit einer Länge von über 30 Kilometer.

Schnellverkehrsstraßen für Dänemark.

DNB Kopenhagen, 6. April.

Einige führende dänische und schwedische Firmen haben einen Plan ausgearbeitet, der die Anlage eines Netzes von Schnellverkehrsstraßen für ganz Dänemark und in Verbindung damit die Überbrückung des Großen Belts und des Öresunds vorsieht. Der Plan beantragt rund 650 Millionen Kronen. Er wird von der dänischen und der schwedischen Regierung gegenwärtig geprüft.

Das geplante Straßennetz besteht aus zwei Nord-Süd-Linien. Die eine führt von Helsingborg bis zur Nordspitze Südschons und ist 100 Kilometer lang. Die zweite Linie Kopenhagen mit Rødby (Dänemark) verbindet. Eine dritte Linie verbindet diese Linien in dänischer Richtung und führt von Kopenhagen über die schwedischen Küsten nach Göteborg an der Ostküste Südschons unter Überbrückung der beiden Belts. Diese beiden Belts sollen insgesamt eine Länge von etwas über 30 Kilometern haben.

Er behaupte, daß die englische Regierung einige Zweifel über die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft in diesem Augenblick empfunden habe.

Er habe es für richtig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die englische Regierung nicht zu einer Zusammenkunft gehen und der Ansicht zustimmen könne, daß die Verständigungsaktion (conciliation) zu Ende sei. Andererseits sei er der Ansicht gewesen, daß ein Gedankenaustausch vielleicht wertvoll sein würde, ob auf diplomatischem Wege oder unmittelbar durch eine gemeinsame Zusammenkunft.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Eden:

Er möchte dem Hause freimütig erklären, daß die Regierung den Wunsch habe, daß bis Ende des Sommers alle Völkern Europas Mitglieder des Völkernbundes seien (Wortlaut). Sie wünsche weiter, daß ein neues Sicherheitsgebäude in Westeuropa die Stelle Locarno einnehmen möge. Sie wünsche, daß die Sicherheit an anderen Stellen durch Hebe-einkommen gefördert werde, die unmittelbar vom Völkernbund überwacht würden.

Wenn dieses Ergebnis bis Ende des Sommers erzielt werden würde, so würde für die Sicherheit Europas so viel gewonnen sein, daß es dann möglich erscheinen würde, auf die weiteren Pläne einzugehen, die sich auf Rüstungen, wirtschaftliche Fragen und die Stärkung der Sicherheit durch die in der Völkernbundung selbst gegebenen Mittel bezögen. Es möge so aussehen, als ob dieses Programm selbst bei; aber man habe lokale Konferenzen mit großen Programmen beschließen sollen, daß er der Ansicht sei, es sei klüger, diesen unmittelbaren Beitrag zur Sicherheit Europas zu leisten, der tatsächlich geleistet werden könne.

Am Schluß der Sitzung sprach das Haus mit 361 gegen 145 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus.

Studium des Luftfahrwesens und Schiffbaues ohne Reiseprüfung.

DNB Berlin, 6. April.

Der Reichs- und preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Ruff, hat ausnahmsweise genehmigt, daß Schüler, die Ostern 1938 nach Oberprima verlegt sind, unter bestimmten Voraussetzungen zum Studium als ordentliche Studierende an den technischen Hochschulen in den Fachrichtungen Luftfahrtwesen oder Schiffbau oder Schiffsmaschinenbau oder Schiffselektrotechnik sofort, d. h. ohne Besuch der Oberprima und also ohne Reiseprüfung zugelassen werden. Voraussetzung ist, daß das Zeugnis über die Verlegung nach Oberprima in den Bezugsgebieten Mathematik und Physik, ferner in Deutsch und Geschichte die Note „Gut“, in dem anderen der beiden letztgenannten Fächer sowie in Chemie und Geographie mindestens die Note „Befriedigend“ enthält. Dabei bleiben Einschränkungen dieser Prädikate außer Betracht.

Bei der Zulassung zur Diplomprüfung und eventuell Promotion zum Dr. Ing. tritt für diese Studierenden unter Außersichtstellung entgegenstehender Bestimmungen der Diplomprüfungs- und Promotionsordnung der technischen Hochschulen an die Stelle des Reisezeugnisses eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Oberrealschule das Zeugnis über die Verlegung nach Oberprima einer neunklässigen höheren Lehranstalt. Im übrigen ist das Studium nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen durchzuführen. Bezüglich der Einweisung in den Arbeitsdienst zum 1. Oktober 1938 wird das Notwendige veranlaßt werden. Da das Studium der genannten Fachrichtungen vorzeitig voraussetzt, wird dringend geraten, sich logisch um eine Praktikantenstelle zu bemühen. Sofern dieselbe noch im Laufe des Monats April angetreten wird, wird die Zeit bis zum Eintritt in den Arbeitsdienst als sechsmonatige Vorpraxis angerechnet.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein späterer Wechsel des Studiums in eine andere als die angegebene Fachrichtung nicht zulässig ist.

Mehrere hundert Todesopfer des Tornados in Nordamerika.

8 New York, 7. April.

Der Tornado forderte in fünf Staaten schätzungsweise 200 bis 500 Todesopfer und über 1000 Verletzte. Viele tausend Menschen sind obdachlos geworden. Der Sachschaden beträgt mehrere Millionen Dollar. Allein in Tuspeo wurden über hundert Tote geborgen.

Das Geschwader von Gainsville (Georgia) wurde durch den Sturm und anschließende Brände zerstört. In dieser Stadt sollen 80 bis 100 Tote und 700 Verletzte zu verzeichnen sein. (Siehe hierzu die Meldung an anderer Stelle des Blattes.)

Zu den T...
ten Welterhol...
gehört vor alle...
die die holländ...
system ihnen ge...
Leibhaftig...
sein Zusammen...
Wahrscheinlich...
handelt, die d...
nicht gebracht...
schwierigste Re...
führte Kollekti...
der von der E...
ernsthaft frei...
wirtschaft ist...
kurze Formel g...
der Kommunism...
lich der Bauer...
drücken.

Die Folgen...
zeigen nun imm...
Bauernfreiheit...
abgegeben von...
genommen nich...
men pferchu...
schafflichen...
überaus kärgli...
führen müßte...
sich der natür...
waltungen, wel...
Kommunistisch...
den, die vom...
und sonstigen...
schaffen. Aus...
Sichthab von...
sie andererseits...
ten fast gar...
turallohn en...
mühten, wenn...
sichert war, da...
brauchen.

Die wirtsch...
fer Bauern sel...
sich auch wieder...
regierung, wie...
erangie u...
bauarbeit...
Zwangsa...
Lohn m...
ner im Alter...
von 18-40 Ja...
bauern sogar...
schädigung Str...
außerdem noch...
erforderlichen...
ohne Anspruch...
Kollektivwirtsch...
nicht abwechseln...
bauarbeiten...
Arbeitsgruppen...
für allemal für...
zu übernehmen...
Kollektivbauern...
sonders wenn...
kommissariat, u...
sich heute die...
Aufficht über d...

Diese neueste...
aber nicht etwa...
sehen werden...
der Kette...
schaft hineinze...
oder weniger...
bauern kaum...
nischfähige" Sow...
betonte Rolle...
die den Bauern...
mehr Aufmerk...
für diese Betät...
Bauern" hat m...

Es sei bei d...
inner, daß ja n...
Arbeiter...
einem nicht un...
die Zwangsarbe...
Straf...
der enes me...
lassen ein Leben...
noch unterdrück...
gerichtlich verur...
Zwangarbeit...
Menschen, die...
das System nie...
fladen gebal...
bahnbauten un...
werden, die der...
nen kann der...
er kauft gewiss...
verwaltungen...
gemachten und...
über sonstigen...
kleinen Bruch...
Lohnes und be...
inspektion, d. h...

Es kann bel...
bleiben, daß...
Zwangslager...
maß blühenden...
Teilgebieten des...
Spielwiese aus...
Elemente" deut...
ihrer ganzen...
licierende, alles...
Lager verbannt...
verfahren mit...
hätte.

